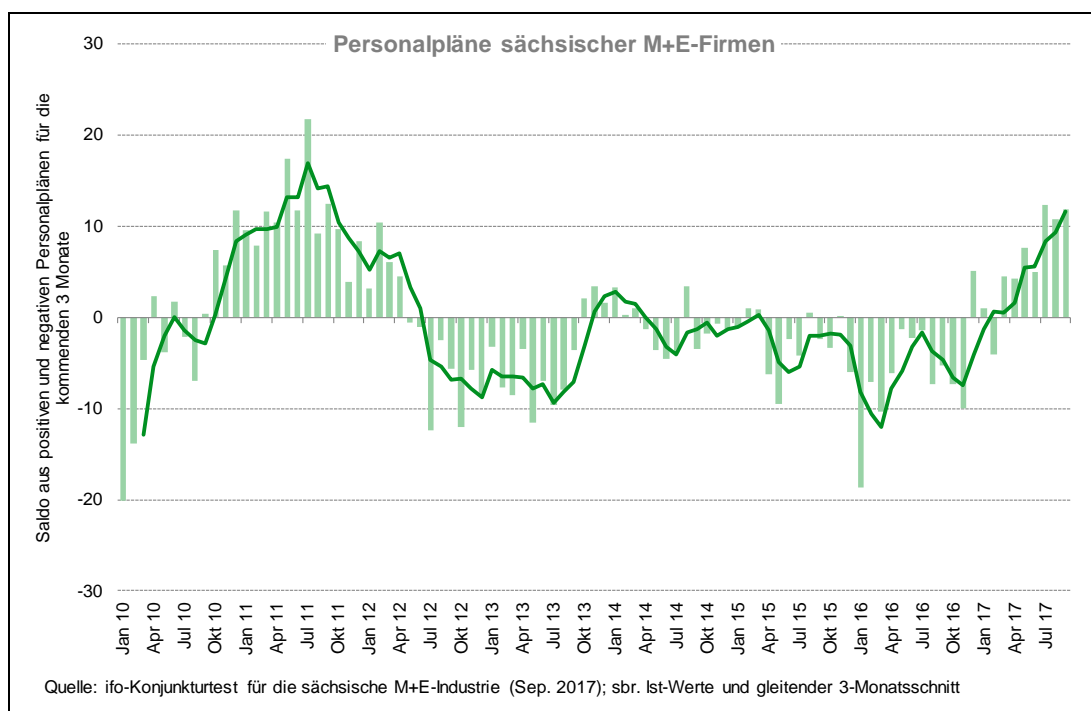


VSW.Kompakt

Sachsens Arbeitsmarkt in guter Verfassung – Flexibilität sichert erfolgreiche Entwicklung

1. Arbeitslosigkeit im Freistaat erreicht tiefsten Stand seit 1991 – Einstellungsbereitschaft weiterhin hoch

Sachsens Arbeitsmarkt ist weiterhin in guter Verfassung. Im September sank die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich erneut um fast 16.000 Personen und erreichte damit den tiefsten Stand seit 1991. Inzwischen unterschreitet die Arbeitslosenquote neben Bremen und Nordrhein-Westfalen auch diejenigen im Saarland und in Hamburg. Die südsächsischen Kreise liegen bereits unter dem Bundesschnitt.



Die positive Arbeitsmarktentwicklung wird getragen von einer hohen Einstellungsbereitschaft der sächsischen Unternehmen. In den vergangenen sechs Jahren sind 130.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Sachsen entstanden. Allein in der Industrie sind über

35.000 Personen mehr beschäftigt als noch 2010. Inzwischen gibt es in vielen qualifizierten Produktionsberufen weit mehr offene Stellen als Bewerber. Dies ist auch an den Löhnen ablesbar. Beispielsweise nahmen in der Metall- und Elektroindustrie als Sachsens größter Industriebranche die Entgelte im ersten Halbjahr 2017 im Durchschnitt um rund 5 Prozent zu. Gleichzeitig stieg die Einstellungsbereitschaft in der Branche im Sommer auf den höchsten Stand seit 2011.

Die gute Verfassung am sächsischen Arbeitsmarkt spiegelt sich inzwischen auch in der Bevölkerungsentwicklung wider. Sowohl gegenüber den neuen als auch den alten Bundesländern verzeichnet der Freistaat inzwischen Wanderungsgewinne. Über die Hälfte der Zuzügler sind nach Angaben des Statistischen Landesamtes dabei hauptsächlich wegen der Arbeit nach Sachsen gezogenⁱ.

2. Flexibilität sichert internationale Wettbewerbsfähigkeit als Garant einer erfolgreichen Entwicklung

Wenngleich sich Beschäftigung- und Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund einer derzeit guten gesamtdeutschen Konjunktur positiv entwickeln, ist dies alles andere als ein Selbstläufer für die kommenden Jahre. Investitionsentscheidungen sind globalisiert und hochgradig kostengetrieben. Gut die Hälfte der Investitionen größerer deutscher Industrieunternehmen findet inzwischen im Ausland stattⁱⁱ. Dabei drängen die Digitalisierung und gesamtgesellschaftliche Trends sowie die anstehenden Umwälzungen von Mobilitätskonzepten und Antriebsarten im Fahrzeugbau zu immer kürzeren Technologie- und Innovationszyklen. Nur mit innovativen Produkten und hocheffizienten Prozessen sowie wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen können das notwendige Größenwachstum im sächsischen Mittelstand erfolgreich fortgesetzt und Investitionsentscheidungen für den Freistaat gewonnen werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Hochkostenstandort Deutschland zu unterstützen und zu erhalten, ist daher – trotz vermeintlich wirtschaftlicher Stabilität – eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Dies gilt gerade für den Arbeitsmarktbereich. Ob die im Grundgesetz geschützte Tarifautonomie, die Zeitarbeit sowie Teilzeit- und befristete Arbeitsverträge – in Zeiten großer globaler Unsicherheiten und technologischer Umbrüche brauchen Unternehmen Flexibilität, da sie mit immer kürzeren Marktschwankungen klar kommen müssen und keiner weiß, wie lange ein Auftragsplus oder die aktuell gute Konjunktur anhält.

In diesen Situationen erleichtern Zeitarbeit oder sachgrundlose Befristungen die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die dann bei Verstetigung der Auftragslage häufig in feste Stellen umgewandelt oder entfristet werden können. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt der letzten Jahre mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer Zunahme sogenannter „Normalarbeitsverhältnisse“ zeigt dies ganz deutlichⁱⁱⁱ. Nicht zuletzt müssen auch Arbeitnehmer temporär vertreten werden, die sich in der gesellschaftlich gewollten Eltern- bzw. Pflegezeit befinden. Die Kritik an der befristeten Beschäftigung und den Aktionismus in Richtung vermeintlich notwendiger gesetzlicher Regelungen, die zuletzt wieder aufkam, weist die sächsische Wirtschaft strikt zurück.

3. Praxis im öffentlichen Dienst führt zu vermeintlichen Fehlentwicklungen – Regelungen würden dem Arbeitsmarkt letztlich nur schaden

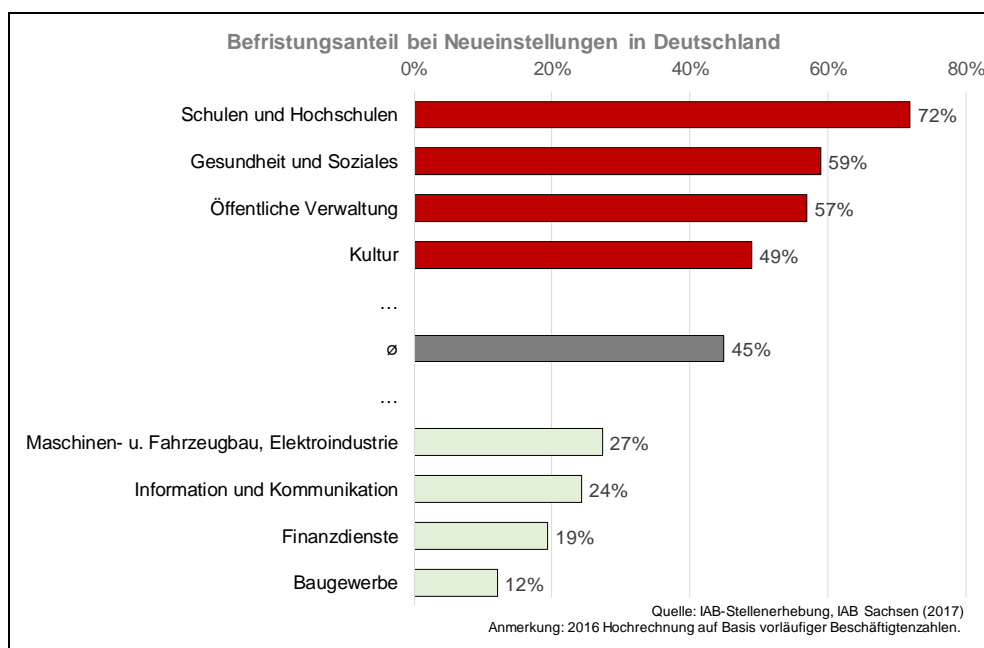
Es ist vor allem die Praxis des öffentlichen Dienstes, welche zu einer steigenden Befristungsquote führt. So liegt der Anteil befristet Beschäftigter in der öffentlichen Verwaltung und bei öffentlichen Dienstleistungen klar über dem in der Industrie, die sich im globalen Wettbewerb behaupten muss. Selbst die Werte stark saisonabhängiger privatwirtschaftlicher Wirtschaftszweige, wie der Landwirtschaft oder dem Gastgewerbe, werden übertroffen.

Anteil befristet Beschäftigter nach Wirtschaftszweigen

Öffentliche und private Dienste (ohne öffentliche Verwaltung)	13 ½ %
Öffentliche Verwaltung	11 %
Handel, Gastgewerbe	9 %
Landwirtschaft	8 %
Logistik, IuK	8 %
Versorgung	6 ½ %
Industrie	6 ½ %
Baugewerbe	4 ½ %
Finanzdienstleister	3 ½ %

Daten für 2015 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Stat. Bundesamt (2016)

Bei Neueinstellungen ergibt sich sogar ein noch deutlicheres Bild: Hier liegt der Anteil von Befristungen laut IAB-Stellenerhebung in der öffentlichen Verwaltung sowie öffentlichen Dienstleistungen wie Schulen und Hochschulen oder Kultur weit über dem Mittel aller Branchen. In der Wirtschaft ist das Bild dagegen genau andersherum: So erfolgen in der Baubranche 88 Prozent sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau und der Elektroindustrie 73 Prozent aller Neueinstellungen unbefristet.



Ähnlich verhält es sich im Übrigen bei der Teilzeit. Zwei von fünf Teilzeitstellen befinden sich lt. Statistik der Bundesagentur für Arbeit bei öffentlichen Dienstleistungen. Im Kernbereich der öffentlichen Verwaltung sowie Schulen und Hochschulen sind 45 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Teilzeitverhältnisse. In der Industrie dagegen nur 8 Prozent.^{iv}

Gerade mittelständische Firmen stellen dagegen überdurchschnittlich häufig unbefristet ein^v oder sind auf Teilzeitlösungen angewiesen, da bspw. im Verwaltungsbereich einzelne Stellen nur anteilig besetzt werden können. Neue Regulierungen würden vor allem hier zu zusätzlichen, unnötigen bürokratischen Lasten führen und sie unflexibler machen, während sich die öffentliche Hand mit Verweis auf haushalterische Anforderungen ihrer Verantwortung entzieht. Deshalb sind die politischen Entscheidungsträger mit derartigen Forderungen aufgefordert, zunächst in ihren Verantwortungsreichen für die Arbeitsbedingungen zu sorgen, die sie in den Unternehmen immer verlangen.

ⁱ Angaben ohne Zuzüge von Asyl- und Schutzsuchenden. Quelle: 2. Sächsische Wanderungsanalyse, Stat. Landesamt Sachsen (April 2017).

ⁱⁱ Vgl. KfW Research, Fokus Volkswirtschaft, Nr. 136, 11. August 2016.

ⁱⁱⁱ Vgl. bspw. Überraschung am Arbeitsmarkt: Normalarbeitsverhältnis gewinnt wieder an Boden, KfW Research, Fokus Volkswirtschaft, Nr. 116, 5. Februar 2016.

^{iv} Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) (Monatszahlen), Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen der WZ 2008 und ausgewählten Merkmalen - Tabelle II; Ber. imreg (2017).

^v Siehe IAB-Kurzbericht 18/2017, Abbildung 6.

Die VSW steht für Ihre Fragen und Anregungen gern zur Verfügung:

Kontakt:

Sandra Lange

Tel. 0351 25593-18, Fax 0351 25593-77

sandra.lange@hsw-mail.de